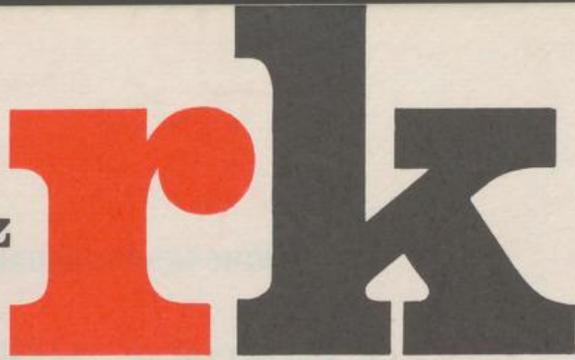


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 2. Juli 1981

Blatt 1702

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
Matzenauer dankt Direktoren und Lehrern
Beginn der "Fahrten ins Grüne"
- Lokal:** Kolosseum wird größtes Kino-Center Österreichs
(orange) "Sportplatz der offenen Tür"
Fröhlich-Sandner schreibt Anrainern der "Gassergasse"
- Kultur:** Roschdestwenskij ab Herbst Symphoniker-Chef
(gelb)
- Wirtschaft:** GEWISTA kauft Wartehallen-Werbung
(blau) Pauschalbetrag für die Müllbeseitigung ist angemessen
- Nur über FS:**
1.7. Störung auf der U 4
2.7. Oberleitungsriß stoppte Straßenbahn
Gumpendorfer Straße wird gesperrt

Kolosseum wird größtes Kino-Center Österreichs (1)

Utl.: Sieben auf einen Streich

=++++

1 #Wien, 2.7. (RK-LOKAL) Die Idee die Kino-Centers - mehrere Kinos mit unterschiedlichem Programm an einem Platz, im selben Gebäude - setzt sich durch: Im neunten Bezirk wird derzeit das frühere Kolosseum-Kino zum größten Kino-Center Österreichs mit nicht weniger als sieben Kinosälen umgebaut, berichtet "Wien aktuell - Wochenblatt".#

Die Wiener Stadthalle - Kiba Betriebs- und Veranstaltungs Ges.m.b.H., ein Unternehmen der Wiener Holding, hat bereits zwei ihrer Premierenkinos in Kino-Center umgewandelt. Das Flotten-Center auf der Mariahilfer Straße beherbergt vier Kinos mit insgesamt 800 Plätzen, die Größe der Kinosäle liegt zwischen 66 und 384 Sitzen. Im Panorama-Center auf dem Praterstern sind drei Kinos mit zusammen 620 Plätzen untergebracht.

Kino-Centers erfreuen sich nicht nur beim jugendlichen Publikum großer Beliebtheit, sie ermöglichen trotz Personaleinsparung ein größeres Programmangebot verschiedenartiger Filme. Die günstigere Personalauslastung wurde durch die im Herbst 1980 erfolgte Änderung des Wiener Kinogesetzes möglich, weil nun nicht mehr ein Vorführer für jeden einzelnen Film vorgeschrieben ist.

Im Kolosseum lief am 17. Mai als letzter Film "Charlie Chan - Fluch der Drachenkönigin". Am nächsten Tag wurde mit dem Umbau begonnen, die Wiedereröffnung als Kolosseum-Center mit 7 Kinos ist für 11. September vorgesehen. Die Pläne für die Umgestaltung lieferte Architekt Ing.Mag. Horst HOLSTEIN. Das Platzangebot von bisher 700 Sitzen wird sich auf insgesamt 1.067 Plätze erhöhen. (Forts.) we/bs

NNNN

Kolosseum wird größtes Kino-Center Österreichs (2)

=++++

2 Wien, 2.7. (RK-LOKAL) Im künftigen Kolosseum-Center wird das größte Kino 347 Plätze aufweisen. Aus dem alten Kinosaal und dem Balkon entstehen drei Kinos, vier Kinos mit 69 bis 207 Plätzen werden in bisher ungenützte Nebenräume eingebaut. Der Zugang wird wie bisher über das Foyer in der Nußdorfer Straße 4 erfolgen, auch die Ausgänge bleiben gleich: Widerhofergasse und Nußdorfer Straße.

Bei der Neugestaltung wird naturgemäß besonderer Wert auf die Schalldämmung gelegt. Alle Kinosäle erhalten schallschluckende Wand- und Deckenbeläge, die Sitze bekommen Stoffbezüge. Die Vorführkabinen werden mit den modernsten automatischen Projektionsapparaten ausgestattet. Die bisherige Klimaanlage wird durch eine neue, leistungsfähigere ersetzt, bei der Kältemaschinen für entsprechende Kühlung sorgen. (Schluß) we/sr

NNNN

"Sportplatz der offenen Tür" (1)

Utl.: Ab 6. Juli auf 14 Sportanlagen

=++++

3 #Wien, 2.7. (RK-LOKAL/SPORT) Mit Beginn der Schulferien ab Montag, dem 6. Juli, wird die Aktion "Sportplatz der offenen Tür", die das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis durchführt, auf insgesamt 14 Sportanlagen ausgedehnt. Unter der Anleitung von qualifizierten Sportlehrern können sich Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 15 Jahren auf nachstehend angeführten Sportanlagen und in den verschiedensten Sportdisziplinen betätigen:#

- 2, Spenadlwiese (Schwerpunktprogramm Fußball)
- 8, Pfeilgasse 42b (Tennis für Anfänger)
- 10, Windtenstraße (Leichtathletik)
- 12, Haydn-Park (Fußball),
- 12, Johann-Hoffmann-Platz (Fußball)
- 15, ASKÖ-Anlage Schmelz
- 16, Erdbrustgasse (Leichtathletik)
- 17, Marswiese
- 18, Währinger Park
- 19, Krottenbachstraße 108
- 20, Lorenz-Müller-Gasse
- 21, Jochbergengasse
- 22, Erzherzog-Karl-Straße 170 (Leichtathletik)
- 23, Mauer, Erhardgasse (Basketball und Turnen).

Öffnungszeiten sind von Montag bis Freitag jeweils von 14 bis 17 Uhr. (Forts.) hof/gg

NNNN

"Sportplatz der offenen Tür" (2)

=++++

4 Wien, 2.7. (RK-LOKAL/SPORT) Um aber auch älteren Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit zu bieten, in den Abendstunden sportlich aktiv in Erscheinung zu treten, stehen folgende Anlagen offen:

- 2, Spenadlwiese: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr
- 10, Windtenstraße: Montag bis Freitag von 17 bis 20 Uhr
- 17, Marswiese: Montag, Mittwoch und Donnerstag von 17 bis 20 Uhr
- 18, Währinger Park: Freitag von 17 bis 19 Uhr

Auf den Anlagen

- 21, Jochbergengasse
- 22, Josef-Baumann-Gasse und
- 23, Mauer, Erhardgasse

ist ein Sportbetrieb nur am Mittwoch von 17 bis 18 Uhr möglich.

Die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" ist für Jugendliche und Erwachsene frei zugänglich. Nähere Auskünfte erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter Tel. 42 800-4188 (Durchwahl).

Zwtl.: Auch Tischtennishallen frei zugänglich

Im Rahmen des Wiener Ferienspiels stehen außerdem folgende Tischtennishallen den Jugendlichen ab Montag, dem 6. Juli und zwar von Montag bis Freitag in der Zeit von 14 bis 17 Uhr zur Verfügung:

- 1, Postgasse 7
- 6, Liniengasse 13,
- 12, Längenfeldgasse 13 - 15
- 14, Flötzersteig 115
- 15, Auf der Schmelz (Joola-Halle)
- 16, Kirchstetterngasse 57
- 22, Donauparkhalle.

Beide Aktionen dauern über die Sommerferien und enden am 4. September 1981. (Schluß) hof/gg

NNNN

Roschdestwenskij ab Herbst Symphoniker-Chef

=++++

5 #Wien, 2.7. (RK-KULTUR) Wie der Präsident der Wiener Symphoniker Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wird der Vertrag mit Gennadij Roschdestwenskij nun unterzeichnet. Auf Wunsch des Dirigenten und der russischen Vertragspartner ist der Vertragsbeginn auf Herbst dieses Jahres vorverlegt, da sich herausstellte, daß Roschdestwenskij bei der BBC das kommende Jahr lediglich als Gastdirigent engagiert sein wird.

Gennadij Roschdestwenskij wird Anfrang Oktober dieses Jahres anlässlich eines Konzertes mit den Wiener Symphonikern vorgestellt werden können.# (Schluß) red/bs

NNNN

GEWISTA kauft Wartehallen-Werbung

=++++

6 #Wien, 2.7. (RK-WIRTSCHAFT) Die GEWISTA Werbegesellschaft mbH. hat die Wartehallen-Werbung H. Ilg Ges. m.b.H. und die Wartehallen H. Ilg Ges. m.b.H. & Co KG erworben, um das Angebot in der Außenwerbung entsprechend erweitern zu können. Der Ankauf erfolgte nach einstimmiger Billigung in allen zuständigen Gremien.# (Schluß)
wabvg/sr

NNNN

Matzenauer dankt Direktoren und Lehrern

Utl.: Schulservice noch bis 10. Juli

=++++

12 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des Schulschlusses dankt der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Bundesrat Hans MATZENAUER, den Direktoren und Lehrern für die im abgelaufenen Schuljahr geleistete Arbeit und wünscht ihnen sowie den Schülern erholsame Ferientage.

Das Wiener Schulservice, das Matzenauer im Stadtschulrat eingerichtet hat, hat in den knapp fünf Monaten seines Bestehens bereits 3.500 Anfragen bearbeitet. Diese für Eltern, Lehrer und Schüler so wichtige Servicestelle steht noch bis 10. Juli und dann wieder ab 31. August unter der Telefonnummer 93 46 16, Klappe 211 und 245 sowie 93 47 60 zur Verfügung. Der Stadtschulrat für Wien weist anlässlich des Schulschlusses darauf hin, daß ein Zeugnis, das nicht so ausgefallen ist, wie es sich Schüler und Erziehungsberechtigte erhofft hatten, weder eine Schande ist noch ein nicht wiedergutzumachendes Unglück. Schüler sollten sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen sondern sich in schwierigen Lagen vertrauensvoll an die Eltern wenden.

Die Ferienzeit dient der Erholung und Entspannung. Dennoch sollte die Schule nicht vollkommen vergessen werden. Vor allem gilt dies für Schüler, die im Herbst zu einer Wiederholungsprüfung antreten. Wer sich die Arbeit rechtzeitig und richtig einteilt und gezielt lernt, der wird sich vor einer Wiederholungsprüfung nicht fürchten müssen und auch noch Zeit für Spiel und Sport erübrigen können. Verschiedene Institutionen bieten darüber hinaus auch Lernferien an, bei denen in Gruppen der Lernstoff durchgearbeitet wird.

Wer beraten werden möchte, ist eingeladen, sich an das Wiener Schulservice zu wenden. (Schluß) emw/gg

NNNN

Fröhlich-Sandner schreibt Anrainern der "Gassergasse"

=++++

15 Wien, 2.7. (RK-LOKAL) Alle Anrainer des in der Gassergasse untergebrachten selbstverwalteten Kultur- und Kommunikationszentrums erhalten dieser Tage einen persönlichen Brief von Jugendstadträtin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß in Gesprächen mit den im Zentrum tätigen jungen Leuten Lösungen gesucht und gefunden wurden, um die Lärmbelästigung der Wohnbevölkerung in Zukunft zu vermeiden.

Die Monate während der Ferienzeit werden dafür genützt, bauliche Verbesserungen durchzuführen. Dazu gehören eine Verlegung des Einganges auf die Gürtelseite und verschiedene schalldämmende Maßnahmen. Die Jugendstadträtin weist in ihrem Brief darauf hin, daß die Stadt Wien jahrelange Erfahrung mit kommunalen Jugendzentren besitzt und diese Zentren auch meist von der umliegenden Wohnbevölkerung gut akzeptiert werden. Das Zentrum "Gassergasse" wird in Selbstverwaltung von einer Gruppe junger Leute geführt und stellt ein Experiment dar. Fröhlich-Sandner betont, wie wichtig es ist, daß junge Menschen - auch wenn sie andere Vorstellungen haben als andere Generationen - in das gesellschaftliche Leben eingebaut und nicht in ein Ghetto gedrängt werden. Man müsse mit allen im Gespräch bleiben, denn wo das Wort fehlt, bleibt nur mehr die Gewalt. Eine derartige Entwicklung würde aber sicherlich niemand begrüßen. (Schluß) emw/af

NNNN

Beginn der "Fahrten ins Grüne"

=++++

19 #Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird, so wie in den vergangenen Jahren auch heuer wieder in den Sommermonaten Juli und August die Aktion "Fahrt ins Grüne" durchführen, an der im Vorjahr über 30.000 Wienerinnen und Wiener teilnahmen.#

Bereits gestern fuhren die ersten Autobusse mit betagten Wienerinnen und Wienern der grünflächenarmen Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8, und 9 zu einem Halbtagsausflug in die nähere Umgebung Wiens. Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher dieser Bezirke können allerdings nur dann daran teilnehmen, wenn sie vor Antritt der Fahrt im Sozialreferat ihres Bezirkes eine Teilnehmerkarte lösen. Die bereits in den Vorjahren ausgestellten Teilnehmerkarten haben auch heuer wieder ihre Gültigkeit. Die Ausflugsziele liegen in einem Umkreis von 30 bis 40 Kilometer rund um Wien und garantieren ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm.

Die Abfahrtsstellen befinden sich in : 1, Schwertgasse/Ecke Wipplingerstraße, 4, Favoritenstraße 18 (Amtshaus), 5, Redergasse (Rückseite des Amtshauses), 6, Amerlingstraße 11 (Amtshaus), 7, Hermannngasse 24 (Amtshaus), 8, Schlesingerplatz 4 (Amtshaus) und 9, Währinger Straße 43 (Amtshaus). Die Teilnahme an diesen Fahrten ist kostenlos, da die Stadt Wien die Kosten übernimmt. (Schluß) z1/bs

NNNN

Wiener Landtag (1)

=++++

7 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Ersten Landtagspräsidenten Hubert PFOCH aufgenommen. Es lag eine schriftliche Anfrage der FPÖ an den Landeshauptmann vor.

Landtagspräsident PFOCH beantragte, das Gesetz, zur Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien von der Tagesordnung abzusetzen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Zwtl.: Baulärmgesetz

Stadtrat Franz NEKULA (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Baulärmgesetz. Zwischen 20 Uhr abends und 6 Uhr früh gibt es ein grundsätzliches Bauverbot. Ausgenommen davon sind Arbeiten an notwendigen Versorgungseinrichtungen der Stadt, wie beispielsweise bei Gas- und Stromleitungen, am Kanalnetz oder bei öffentlichen Verkehrsflächen. Vor Beginn dieser Nachtbauarbeiten muß eine Bewilligung eingeholt werden. Die Strafen bei Übertretung des Gesetzes wurden erhöht.

LAbg. EDER (SPÖ) betonte, daß dieses Gesetz der raschen und unbürokratischen Lärmbekämpfung dient. Umweltschutz wird hiermit aktiv angewendet. Das Baulärmgesetz, das 1973 in Kraft trat, hat bereits erste spürbare Erleichterungen gebracht. Es war jedoch notwendig, Lücken in diesem Gesetz zu schließen. Über Ausnahmegenehmigungen haben die Behörden innerhalb von vier Wochen zu entscheiden. Drohende Pönalzahlungen von Firmen sind jedoch kein Grund für eine Ausnahmegenehmigung. Die Strafen wurden von 30.000 auf 300.000 S erhöht.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Wiener Schulgesetz

=++++

8 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) LH-Stellv. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) beantragte die 2. Novelle zum Wiener Schulgesetz. Die Novelle erfolgt in Anpassung an die 1980 in Kraft getretenen bundesgesetzlichen Regelungen. Es beinhaltet Änderungen im Rahmen des Polytechnischen Lehrganges, Änderungen der Sonderschulen, die Gebührenbezüge für den Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien und eine Festlegung des Zeitraums für Schulversuche.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Schluß) ba/bs

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

9 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Anschließend nahm der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. HOFSTETTER (SPÖ) seine am Mittwoch, unterbrochene Sitzung wieder auf und setzte die Beratungen über den Rechnungsabschluß 1980 mit der Behandlung des Schwerpunktes "Kultur, Erholung, Umwelt" fort.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) setzte sich mit dem Stellenwert der Wiener Festwochen auseinander, deren vorgesehener Budgetrahmen von 28 Millionen um 19 Millionen überschritten worden war. Es ist gelungen, das Interesse der Wienerinnen und Wiener für ihre Festwochen mehr als bisher zu wecken. Die bei Protest- und Störaktionen gegen die Uraufführung der Oper "Jesu Hochzeit" zutage getretene Intoleranz nahm Pawkowicz zum Anlaß, für eine verfassungsrechtliche Verankerung der Freiheit der Kunst einzutreten.

Die für die Wiener Festwochen aufgewendeten finanziellen Mittel waren dem Ansehen unserer Stadt als Kulturzentrum zweifellos förderlich. Pawkowicz regte an, die traditionelle Bindung Wiens an die Donauländer im östlichen Europa in Zukunft stärker auch im Rahmen der Festwochen zu nützen.

In Wien gibt es eine Tradition des Varietes, an die auch heute durchaus angeknüpft werden könnte. Der Erfolg von "Flic Flac" beweist, daß auch heute ein Boden für die Kunst- und Unterhaltungsform vorhanden ist. Das Ronacher sollte in absehbarer Zeit wieder eröffnet werden. Mit der künstlerischen Leitung sollte Andre Heller betraut werden, dem es sicher gelingen würde, aus dem Ronacher wieder ein Zentrum der Phantasie und Unterhaltung zu machen, das weit über Wien hinaus bekannt werden könnte. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

10 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAUTHE (ÖVP) nahm zur Grünaktion von Stadtrat Schieder Stellung. Mauthe sagte, daß Schieder damit letztendlich eine Reihe von Vorschlägen verwirklicht hat, die er und die ÖVP schon lange vorgeschlagen haben. Auch die Blumenkisterln die das Wiener Rathaus seit einigen Jahren schmücken, rührten ja von einem Vorschlag von ihm her, sagte Mauthe. Allerdings sind in diesen Kisterln ausschließlich rote Pelargonien. Mauthe stellte daher den Antrag, das Rathaus auch mit weißen Pelargonien zu schmücken. Schließlich seien die Farben Wiens ja rot-weiß und nicht rot.

Anschließend bemängelte Mauthe die Publicity rund um die Grünaktion. Es habe falschen und kindisches Propagandamaterial gegeben, Wien sei im Zuge der Aktion mit häßlichen Betonkübeln verschandelt worden, in denen auch noch tausende Jungbäume mangels Pflege einzugehen drohten. Mauthe stellte die Frage, wieviel Quadratmeter Beseirpark um das Geld der - ohnehin nur vorgetäuschten - Grünaktion zu schaffen gewesen wären.

Abschließend sagte Mauthe, er werde sich freuen, wenn sich Schieder um die Verwirklichung weiterer Wünsche der ÖVP bemühen werde. Dazu zählen die Verhinderung der Verbauung der Steinhof- und Rosenhügelgründe, die Befreiung des Heustadlwassers von toxischen Abwässern, die Einschränkung der für die Bäume schädlichen Salzstreuung, ein fachgerechter Baumschnitt für die Wiener Bäume, der volle Naturschutz für die untere Lobau und die Verhinderung der Flötzersteigstraße. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

11 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Festwochen waren ihr Geld wert, erklärte GR. WINDHAB (SPÖ). Bei Kosten von 47 Millionen und 700.000 Teilnehmern kommen auf einen Teilnehmer rund 70 Schilling. Das "Festival der Clowns" und die Produktion "Flic Flac" erwiesen sich als echte Hits. Während in anderen Städten zu den traditionellen Festwochen Alternativfestspiele veranstaltet werden, sind in Wien alternative Veranstaltungen in die offiziellen Festwochen eingebunden. Das ist ein Zeichen für Toleranz, die überhaupt kennzeichnend für den Wiener Kunst- und Kulturbetrieb ist.

Windhab hob hervor, daß der Bürgerdienst im Vorjahr rund 150.000 Fälle mit sehr viel Engagement bearbeitet hat. Die neu eingerichtete Informationsstelle für Kultur, Freizeit und Jugend ergänzt in hervorragender Weise die Aktivitäten des Fremdenverkehrsverbandes.

In Wien nimmt sich die Kultur den Schwachen in der Gesellschaft in besonderer Weise an. Das beste Beispiel lieferte dafür der Symphonikertag im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe.

Außerhalb des Altstadterhaltungsfonds wird in Wien viel für die Erhaltung kulturell wertvoller Bausubstanz getan. Aus Mitteln der MA 17 wurde die Otto-Wagner-Kirche auf der Baumgartner Höhe und wird nun die Kirche in Lainz restauriert. Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau wurden die wunderschönen Otto-Wagner-Stadtbahnanlagen hergerichtet. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

16 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) wandte sich gegen die Feststellung von Stadtrat Zilk im Dezember 1980, es habe vor dem Jahre 1918 die Frage der Kultur für alle nicht gegeben, weil es Kultur nur für Privilegierte und privilegierte Eltern gegeben habe, und verwies unter anderem auf die Goldene Operettenzeit.

Man dürfe die Kultur nicht an der Anzahl der Veranstaltungen messen, sagte Kauer weiter unter Hinweis auf die Wiener Festwochen. Von Stadtrat Zilk wollte er wissen, was aus dessen Ankündigung geworden sei, sich vor jeden Altbau zu stellen und zitierte das Beispiel des Alexander Nehr-Hauses im 9. Bezirk, das abgebrochen werde. Kauer fragte nach den angekündigten Aktivitäten für den Sünnhof, das Ronacher, den Judenplatz, das Pötzleinsdorfer Schloß, die Bemalung der Flaktürme und einheitliche Öffnungszeiten für Museen, das Neugebäude und leerstehende Palais auf dem Ring. Bei der Vergabe laufender Subventionen an Klein- und Mittelbetrieben sollte künftig kritischer vorgegangen werden, verlangte Kauer.

Die Situation beim Wiener Volksbildungswerk bezeichnete der Redner als unbefriedigend: vom Budget im Höhe von 7,4 Millionen S würden 40,4 Prozent für Personal und Verwaltung ausgegeben. Die Mittel für Literatur, Theater und Musik seien zu gering. Bei der Kulturarbeit und Kulturförderung müsse der Pluralismus ernst genommen werden, sagte Kauer abschließend. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

17 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die kulturelle Vielfalt in der Stadt hob GR. STRANGL (SPÖ) hervor. Das Kulturamt der Stadt Wien hat nicht die Absicht, eine eigene Agentur zu schaffen oder Veranstaltungen in Eigenregie durchzuführen, sondern möglichst viele Aktivitäten zu fördern. Die Ausfallhaftungen für die Veranstaltungen sind das finanzielle Fangnetz durch die es überhaupt möglich wird, Aktionen zu setzen.

Bei den Wiener Festwochen werden alle Wiener in das kulturelle Programm miteinbezogen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei den Bezirken, die mit viel Einsatzfreude und Idealismus kulturelle Programme durchführen. Die Servicestelle für die Bezirke ist das Wiener Volksbildungswerk. Es steht den Bezirkskulturvereinen mit Ratschlägen mit dem Druck von Plakaten und Programmen und mit organisatorischen Hilfen zur Seite.

Ein fester Bestandteil des Wiener Kulturprogrammes wurde der Musikalische Sommer. Die bildende Kunst wird durch die Aktion "Kunst in Betrieben" vielen Menschen nahe gebracht. Durch Adventgardenfestivals, Pop- und Jazzkonzerte werden vor allem junge Menschen angesprochen. Die Artothek wird immer mehr in Anspruch genommen. 1980 wurden 794 Bilder verliehen, 1981 sind es bereits 1.019 Bilder. Die Kosten für die Stdt Wien betragen pro Verleih nur noch 30 Schilling. Durch eine Anregung aus den "österreich-Gesprächen" ist das Stadtabonnement entstanden. Auch diese Aktion ist ein voller Erfolg. Die Verbindung zwischen der elitären Kunst und der sogenannten "Grätzl-Kultur" ist den Sozialisten voll gelungen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

18 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die Kleinparks gehören zu den wichtigsten Erholungsgebieten für die Wiener Bevölkerung. oft liegen sie aber an verkehrsreichen Straßen und Plätzen und sind gegen die Schadstoffe des Autoverkehrs, vor allem Blei, nur ungenügend geschützt. Damit begründete GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) den Antrag, Kinderspielplätze und Kinderfreibäder, die in der Nähe von stark befahrenen Straßenzügen liegen, umgehend durch entsprechende Maßnahmen wie Schutzpflanzungen, von Lärm und Abgasen abzuschirmen. Zu den Parkanlagen, die in hohem Maße Bleikonzentrationen aufweisen, gehört beispielsweise auch der Votivpark. Es sei daher, sagte Strunz, eine "königliche Umweltidee" die Menschen - durch Rasenfreiheit - gerade dorthin zu locken.

Ein wichtiges Naherholungsgebiet ist auch der Wiener Prater. Der dortige Waldlehrpfad ist verschlampt. Und von der Prater-Brücke fließt nach wie vor das "Bleiwässerchen" in das Landschaftsschutzgebiet.

Das Kleinklima im Bereich der Steinhofwiese würde durch eine Verbauung negativ beeinflusst werden. So würde die Luftbefeuchtung zurückgehen. Vom Schornstein der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig würden bei Ost- und Südostwinden giftige Rauchgase dorthin geblasen werden. Die Filterwirkung der Wiese und der Bäume fehlte aber. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Konfliktbereich Luft, Mikroklima und Vegetation ist unabdingbar. Dies wäre eine echte Grün- und Umweltaufgabe. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

21 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. RIEDLER (SPÖ) nahm zu Fragen der Grünpolitik Stellung. Die ÖVP versteht nicht, sagte Riedler, daß hier nur zunächst eine Politik der kleinen Schritte erfolgen kann. Aber immerhin wurden jetzt 5 Millionen Quadratmeter Wiese den Wienern zum Betreten zur Verfügung gestellt und um darauf aufmerksam zu machen, hat sich eben Stadtrat Schieder im Votivpark auf die Wiese gelegt. Wenn sich Stadtrat Mauthe darüber mokiert, frage er, Riedler, sich, was Mauthe zu einem Foto sagt, das Vizebürgermeister Busek hockerlnd in einer Sandkiste zeigt.

Zur Bemerkung von GR. DDr. Strunz, daß für die kleinen Parkanlagen Hecken notwendig sind, sagte Riedler, daß zuerst ein Versuch gemacht werde, welche Art von Hecken die beste sei, und daß dann die nötigen Maßnahmen getroffen werden können. Eine lange Reihe von Studien wird auch zu anderen Fragen durchgeführt. Sie befassen sich unter anderem mit Schadstoffprognosen, der Staubkonzentration, den Emissionen, den Lärmproblemen, dem Gewässerschutz und der Grünraumerhebung.

Praktische Ergebnisse von Untersuchungen sind unter anderem beim Neubau des General-Motors-Werk zu sehen, das aus Umweltschutzgründen mit Fernwärme beheizt werden wird, ebenso bei der Rinter AG, die in ihr Werk Abgasfilter einbaut. Auf eine in Wien durchgeführte Studie zum Bleigehalt des Benzins geht die Initiative von Minister Steyrer zur Senkung desselben zurück. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

22 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Wien kann auf eine gute Umweltbilanz verweisen, sagte Riedler. Die Fläche des Wald- und Wiesengürtels ist in den letzten Jahren um mehr als ein Viertel gewachsen, und noch heuer werden 500.000 Bäume neu gepflanzt. Die Donauinsel hat sich zu einem wunderschönen Erholungsgebiet für die Bevölkerung entwickelt, und der ÖVP bleibt als Rest ihrer Gegenargumentation nur mehr zu sagen, daß es ein paar Klosetts zu wenig gibt. Zur Frage der Bebauung der Steinhof-Gründe sagte Riedler, daß es eben das Ziel der SPÖ ist, auch weniger bemittelten Bevölkerungskreisen Wohnungen in bester Wohnqualität zur Verfügung zu stellen. Abschließend sagte Riedler, Vizebürgermeister Busek könne versuchen, seine Grünphilosophie bei jenen Hausbesitzern durchzusetzen, die ihre Höfe aus Profitgründen als Lagerhallen und Tankstellenplätze vermieten. Es gibt hier eine Aktion der Stadt Wien zur Begrünung der Innenhöfe, die aber nur wenige Hausherren - heuer immerhin dank der Grün-Aktion schon 56 - zur Kenntnis genommen haben. Vielleicht kann Busek hier seinen Einfluß geltend machen, um dem so wichtigen Grün in den Höfen der Altbaugebiete zum Durchbruch zu verhelfen. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

23 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Das Fehlen eines Sportstättenleitplanes für Wien kritisierte Gr. ARTHOLD (ÖVP). Seit Jahren wird zwar davon gesprochen, ein Sportstättenleitplan werde "demnächst" vorgelegt - geschehen ist nichts. Folge dieser Konzeptlosigkeit ist eine Gefälligkeitspolitik der "hohen Hand und der krummen Rücken". Vereine wie die Vienna oder der Wiener Sportklub suchten sich Funktionäre mit starkem politischem Hintergrund und konnten dadurch in den letzten Jahren hohe Mittel aus der Sportförderung erhalten. Vereine, deren Funktionäre nicht lautstark agierten, kamen jedoch unter die Räder. Die Ruderer haben noch immer keine Regattastrecke, die Bogenschützen müssen unter schlechtesten Bedingungen arbeiten und für die Leichtathleten gibt es außer den zwei Anlagen im Wiener Prater keine geeigneten Sportstätten.

Das geplante neue Eisstadion sollte in Favoriten nicht am Nothnagelplatz sondern im Bereich des Laaerberg-Bades errichtet werden. Die Umweltbelastungen im Bereich des Nothnagelplatzes wäre zu groß.

Arthold kritisierte, daß in der letzten Zeit Sportfragen in den zuständigen Gremien nicht mehr diskutiert werden. Probleme wie die Errichtung einer Landessportschule, die Öffnung der Turnsäle an Wocheneden und die Gestaltung des "Tages des Sports" werden nicht mehr erörtert. Statt die passiven Sportler durch die Aktion "Komm zum Sport" zu fördern, sollte man besser eine oder mehrere Sportanlagen bauen oder ausbauen.

Die Wiener Sportpolitik untergräbt derzeit die Eigeninitiative der Vereine und Sportler und lebt bloß von Gags, betonte Arthold abschließend. (Fots.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

24 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. NUSSBAUM (SPÖ) führte aus, daß 1980 mehr als 118 Millionen Schilling für Sportförderung ausgegeben wurden, dazu kommen weitere einschlägige Beträge für Schulen und die Bäderverwaltung. Es entspreche dem Grundsatz der Stadt Wien, Unterschiede zwischen dem Spitzen- und dem Breitensport zu überwinden. In diesem Sinn werden auch die verschiedenen Unterstützungen für die verschiedenen Arten des Sport vergeben. Für bauliche Investitionen wurden im vergangenen Jahr rund 39 Millionen ausgegeben, die von Kanalanschlüssen über Einfriedungen bis zu Beregnungsanlagen reichen. Zu den derzeit laufenden Großinvestitionen gehören die Arbeiten an der Sporthalle im Karl-Seitz-Hof.

GR. Nußbaum verwies auf die zahlreichen in Wien zur Verfügung stehenden Sporteinrichtungen und die Aktionen, um die Bevölkerung zu sportlicher Betätigung zu motivieren. Es gebe mehr Einrichtungen als je zuvor, und sie werden von mehr Menschen als je zuvor frequentiert, ergänzte Nußbaum.

Er ging sodann auf die Fortsetzung des Bäderprogramms ein: im vergangenen Jahr wurde der Bau der Bezirkshallenbäder Kagran, Großfeldsiedlung und Brigittenau begonnen. Derzeit gibt es insgesamt 67 städtische Bäder, die im vergangenen Jahr von fast fünf Millionen Menschen frequentiert wurden.

Abschließend berichtete Nußbaum, daß von den 22.000 im vergangenen Jahr von der Feuerwehr geleisteten Einsätzen ein sehr großer Teil auf technische Hilfeleistungen entfallen ist. Es wurden Investitionen zum Ausbau des Fahrzeugparks und für eine neue Feuerwache im 3. Bezirk getätigt. 1980 wurde der Katastrophenschutzplan in Zusammenarbeit mit der niederösterreichischen Feuerwehr und anderen Institutionen fertiggestellt. (Forts.) and/gg

2. Juli 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1723

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

27 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Schriftlich eingebrachte Anfragen der FPÖ und ÖVP beantwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) in seinem Debattenbeitrag. Die illegale Deponie im 14. Bezirk besteht tatsächlich. Das Forstamt hat nach Bekanntwerden der Deponie den Weg zum Müllberg abgesperrt und Schriftstücke, die auf den Verursacher schließen lassen, der Polizei zur Tätersaufklärung übergeben. Zusätzlich soll noch ein versperrbarer Schranken aufgestellt werden.

Bei der rechten Donaukante des Donauhochwasserschutzes wurden tatsächlich weniger finanzielle Mittel verbaut. Der wesentlichste Grund dafür sind echte Einsparungen. Die Dammmauer wird mit preiswertem Beton statt mit Granit verkleidet.

Zur ÖVP-Anfrage über die Grünkampagne der Stadt Wien gab Stadtrat Schieder detaillierte Angaben über Firmen und Abrechnungen. Weitere Kostenangaben kündigte Schieder - sobald diese vorliegen - im nächsten Gemeinderatsausschuß an. Zur Flötzersteigstraße stellte Stadtrat Schieder fest, daß kein Naturdenkmal beeinträchtigt wird, bis auf einen einzigen naturgeschützten Baum, der sich in 40 Meter Entfernung vom zukünftigen Straßenprojekt befindet. Auch bei den Steinhofgründen scheint auf Grund der Gutachten die Erhaltung der naturräumlichen Gegebenheiten gesichert. Den Empfehlungen über die Grünordnung, über die Freihaltung einzelner Nahtstellen zum Wienerwald, über Waldschneisen und Waldsilhouett wird entsprochen. Außerdem wird den Wienern ein bisher unzugängliches Erholungsgebiet durch die Bebauung geöffnet. Das größere Problem als der Neubau stellt die Zersiedlung des Umlandes aus früherer Zeit mit privaten Gärten dar. Auch beim Projekt Rosenhügel bleibt der Baumbestand erhalten. Statt Bauklasse II wird die wesentlich niedrigere Bauklasse I gebaut. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

28 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Es kann nicht Aufgabe der Grünraumpolitik sein, jede einzelne Grünfläche zu erhalten, sagte Stadtrat SCHIEDER. Eine verantwortliche Grünpolitik muß sämtliche Bereiche des Stadtlebens, wie Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Erholung umfassen. Die Elemente der Stadt sollen bewahrt werden. Darüber hinaus gibt es Bemühungen, zusätzliche Erholungsgebiete zu sichern, wie beispielsweise am Bisamberg.

In Wien werden 500.000 Bäume neu gepflanzt. Es sei Stück für Stück beweisbar, wohin diese Bäume kommen. Für das Heustadlwasser wurde ein Sanierungsprojekt erstellt, obwohl die Stadt Wien dafür nicht zuständig ist. Der Spielsand für Kinder wurde vom Hygieneinstitut untersucht und für ungefährlich befunden. Eine jährliche Auswechslung des Sands sei ausreichend. Zum Thema Sport betonte Stadtrat Schieder, daß die Stadt Wien den Schwerpunkt auf den Breitensport legt. Ziel ist die Aktivierung der Bevölkerung zur sportlichen Betätigung. 118 Millionen werden pro Jahr für die Unterstützung des Breitensportes, der Vereine und Verbände, ausgegeben. Auch die Ruderer werden gefördert. Unzweckmäßig sei allerdings die Abhaltung der Ruderweltmeisterschaft im Jahr 1985, da für diese einmalige Veranstaltung etwa 80 Millionen Schilling aufgebracht werden müßten. Der Standort des Eisstadions wurde in Übereinstimmung mit dem Bezirk festgelegt.

Die Grünkampagne wurde nicht wegen Stadtrat Mauthe ins Leben gerufen, sondern dient dazu, der Bevölkerung zu zeigen, was die Stadtverwaltung auf dem Sektor der Grünpolitik leistet.

(Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

29 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat Dr. ZILK (SPÖ) dankte zunächst allen Rednern für ihre Anerkennung für die kulturpolitische Arbeit und wies auf das gute Klima zwischen den Parteien im Kulturausschuß hin. Dieses sei allerdings durch den Debattenbeitrag von mag. Kauer etwas gestört worden. Zur von Kauer aufgegriffenen Streitfrage des Kulturbegriffes sagte Zilk, daß es eben "Kultur für alle" erst seit 1918 gibt. Der Kampf um die Teilnahme an geistigen Gütern sei eines der wesentlichsten Ziele der Arbeiterbewegung gewesen. Es gebe natürlich auch eine bürgerliche Kultur, zu der er sich auch bekenne. Aber die wesentlichste Frage sei eben die des Teilhabens aller Menschen an der Kultur. Und in diesem Sinne sei er auch stolz darauf, daß 48.000 Besucher zur AIDA in die Stadthalle kamen und werde das auch immer wieder sagen. Zur Aussage Kauers, er habe eine Reihe von Dingen versprochen und nicht gehalten, sagte Zilk, er habe sehr wohl bei allen genannten Fragen Initiativen gesetzt und bei den meisten auch schon Erfolge vorzuweisen. So bei der Renovierung von Altstadthäusern, die Versicherungen und Banken gehören, so beim Sünnhof, dessen Sanierung im Herbst beginnt, so beim Ronacher, für dessen Revitalisierung eben jetzt ein Vorschlag eingereicht wird und so auch beim Palais Harrach, das in absehbarer Zeit als Kulturhaus saniert werden wird. Zur Frage der Präsenz internationaler Großausstellungen in Wien sagte Zilk, hier gebe es einen Turnus von zwei bis drei Jahren. Die Bemühungen, Wien in diesen Ausstellungs-Wanderzirkus zu integrieren, laufen erfolgversprechend. Es gibt derzeit eine Reihe hochinteressanter Ausstellungen in Wien, so die Schnitzler-Ausstellung oder die Plakatausstellung in der Volkshalle. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

30 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage der Öffnungszeiten der Museen sagte Zilk, das sei ein finanziell und personell schwieriges Problem, doch gäbe es immerhin schon im Kunsthistorischen Museum und im Museum moderner Kunst längere Öffnungszeiten. Die Eröffnung eines städtischen Museums im Haus auf der Tuchlauben, in dem wertvolle mittelalterliche Fresken freigelegt wurden, steht in absehbarer Zeit bevor. Die Sanierung des Neugebäudes mußte leider wegen des ungeheuren Finanzaufwandes aufgeschoben werden. In der Frage der Bemalung der Flaktürme führe er Gespräche mit Bezirksvorsteher Blauensteiner, doch müsse man hier auch die Bevölkerung fragen. Was das Deutschmeisterpalais betrifft, stehe das Ende der Verhandlungen mit einem neuen Besitzer bevor, der das Palais sanieren werde.

Anschließend nannte Zilk eine Reihe weiterer Versprechungen die er gemacht und gehalten habe. So die Novellierung des Veranstaltungsgesetzes für Straßenmusik, eine neue Art von Festwochen, die Weiterentwicklung des Musikalischen Sommers, neue Maßnahmen zur Literaturförderung, eine Reihe von Aktionen zur Förderung der bildenden Kunst, die Ausweitung der Bezirkskulturarbeit und die Verpflichtung Roschdestwenskijs als Chefdirigent der Wiener Symphoniker. Das große Wiener Blasmusiktreffen mit 1.800 Musikern lockte 40.000 Besucher an. Anfang 1982 wird in Wien das größte Ballettfest stattfinden, das es je in Mitteleuropa gab. Die Serie der Freitag-Abendkonzerte in Kirchen wird im Herbst begonnen.

Warum die Sanierung der Häuser auf dem Judenplatz stockt, müsse man Bezirksvorsteher Heinz fragen. Generell sei aber zu sagen, daß die Mittel für die Altstadterhaltung im Jahr 1981/1982 mit 95 statt 48 Millionen verdoppelt werden. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt

=++++

31 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage der Theaterpolitik sagte Zilk, sein Ziel sei es, das Bestehen der Wiener Theater zu sichern. Man könne aber derzeit nicht daran denken, neue Theater zu eröffnen. Wien hat ohnedies mit 10 Theaterplätzen auf 1.000 Einwohner die größte Theaterdichte der Welt und auch die Relation von vier zu eins zwischen Kinobesuchern und Theaterbesuchern sei einmalig. Dies alles, ebenso wie die hohen Einspielergebnisse, sei ein Beweis für die gute Arbeit an den Wiener Theatern.

Abschließend sagte Zilk, trotz naturgegeben partieller Unterschiede in der Auffassung der Kulturpolitik solle man nun wieder zur gemeinsamen Ausschubarbeit zurück kehren. Er hoffe, auch im kommenden Jahr auf die kooperative Mitarbeit aller Ausschußmitglieder und reiche die Hand zur Zusammenarbeit. (Forts.)
gab/sr

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Kultur, Erholung, Umwelt (Schluß)

=++++

32 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Es ist keine Frage, sagte GR. Mag. KAUER (ÖVP), daß auch wir es bedauern, wenn Wiener Bürger meinen, daß der Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen nicht in Wien liege. Es gilt aber, die Ursache dafür zu ergründen, wir lehnen die Ausübung von Druck auf den Bürger - egal in welchem Bundesland - ab.

Die Kritik an der "AIDA" bezieht sich darauf, daß plötzlich Erfolge einer partnerschaftlichen Arbeit von der SPÖ allein in Anspruch genommen wurden.

Den Großteil meiner Frage, sagte Kauer, hat Stadtrat Zilk mit Ankündigungen für die Zukunft beantwortet.

Zilk habe einmal gesagt, daß er sich vor jeden Altbau, der abgerissen werden soll, stellen werde. Was war dann mit dem Alexander-Nehr-Haus?

Wir haben, schloß Kauer, eine Kulturpolitik für die ganze Stadt zu machen.

In einer kurzen zweiten Wortmeldung bekräftigte Stadtrat Dr. Zilk, daß alles, was er verspreche, auch gehalten werde. (Forts.)
ger/sr

Pauschalbetrag für die Müllbeseitigung ist angemessen (1)

=++++

25 Wien, 2.7. (RK-WIRTSCHAFT) Zum Bericht der "Kronen Zeitung" vom 2. Juli, Seite 10, unter dem Titel "Wien: Millionenverlust durch 'Mistgeschäft'?" stellte Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest:

Laut Vertrag ist die Rinter AG verpflichtet, für die vereinbarte Pauschalsumme von 126 Millionen Schilling jährlich Müll bis zu maximal 500.000 Tonnen pro Jahr entgegenzunehmen und der Rohstoffrückgewinnung zuzuführen. Bis zu 300.000 Tonnen wird die Anlage in der Donaustadt während der Anlaufphase verwerten, ab Frühjahr 1982 beginnt die Errichtung zweier weiterer Verarbeitungsstraßen, die bis Ende 1982 fertig sein werden, wodurch die volle Kapazität für 500.000 Jahrestonnen erreicht sein wird.

Vom Kontrollamt der Stadt Wien wurde die Preisangemessenheit bereits auf der Basis von 300.000 Tonnen Müll pro Jahr in seinem Bericht vom 13. Jänner 1981 ausdrücklich festgestellt. Es heißt darin: "Zur Preisangemessenheit des jährlichen Müllbeseitigungsentgelts von 126 Millionen Schilling wird bemerkt, daß der Entgelt von 425 S je Tonne (auf Basis von 300.000 Tonnen Müll pro Jahr) bei einer vertragskonformen Müllmenge sowohl im Vergleich zum Alternativprojekt Müllverbrennungsanlage als auch aufgrund der zur Verfügung gestellten Kalkulationsunterlagen der Rinter Rohstoffrückgewinnung Aktiengesellschaft im Hinblick auf die Kostendegression durch die Zunahme des Müllvolumens vor allem in späteren Jahren vertretbar erscheint."

Die klaglose Durchführung der Müllverwertung wurde vertraglich durch mehrere Klauseln gesichert. (Forts.) we/bs

NNNN

Pauschalbetrag für die Müllbeseitigung ist angemessen (2)

=++++

26 Wien, 2.7. (RK-WIRTSCHAFT) Wenn beispielsweise die Rinter AG aus Gründen, die sie zu vertreten hat, nicht die vertraglich festgesetzte Müllmenge übernehmen kann, gilt der Vertrag einen Monat nach schriftlicher Aufforderung zur Müllübernahme als aufgelöst.

Die Stadt Wien hingegen ist berechtigt, an Stelle einer vorzeitigen Vertragsauflösung die Müllverwertungsanlage so lange selbst zu betreiben, bis die Rinter AG wieder in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Jahrespauschale verringert sich in diesem Fall entsprechend der Betriebszeit durch die Gemeinde.

Sollte der aktenrechtliche Reingewinn der Rinter AG mehr als 12,5 Prozent betragen, ist der Mehrbetrag an die Stadt Wien abzuführen.

Abschließend unterstrich Stadtrat VELETA, daß der Vertrag über die Müllverwertung zwischen der Stadt Wien und der Rinter AG in der Gemeinderatssitzung vom 24. September 1979 einstimmig gutgeheissen wurde. (Schluß) we/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

33 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnungsfrage ist für hunderttausende Wiener das drückendste Problem, erklärte GR. KUCHAR (FPÖ). Die schlechte Administration der Stadtverwaltung, zu wenig Geld für den sozialen Wohnbau, keine flankierende Maßnahmen für sozial Schwächere, das Fehlen eines Zielplanes für die Stadterneuerung und das Fehlen eines modernen Mietrechtes sind die Ursache, daß dieses Problem nicht gelöst wurde.

Die Wohnhausverwaltung ist nicht in der Lage, die vielen leerstehenden Wohnungen unbürokratisch weiterzugeben. Die ausgegebenen Förderungsgelder werden mangelhaft kontrolliert. Dadurch kam es beim Wohnbau Wohnpark Alt-Erlaa und in der Hadikgasse zu hohen Mehrkosten.

Noch in den Fünfzigerjahren wurden für den kommunalen Wohnbau zwischen 10 und 17 Prozent der Budgetmittel ausgegeben. 1980 waren es nur mehr 4 Prozent.

Um eine zielstrebige Stadterneuerung durchzuführen, fehlen geeignete Unterlagen. Man weiß zum Beispiel nicht, wie viele Wohnungen durch die Assanierung weniger werden.

Ein neues, modernes Mietrecht müßte dafür sorgen, daß der Hausbesitz auch einen Gewinn abwirft. Denn nur dadurch würde wiederum ein Wohnungsmarkt hergestellt. Bei einem entsprechenden Angebot an Wohnungen würden auch die Mietzinse fallen. Derzeit sind die Verhältnisse am Wohnungsmarkt verzerrt. Versuche, diese Situation durch eine Zentralverwaltung zu lösen, werden sicherlich zu einer weiteren Mangelsituation führen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

35 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) setzte sich eingangs mit der Planung für U 3 und U 6 auseinander. Seine Fraktion sei überrascht, daß nun der Abschnitt Landstraße - Bellaria vorgezogen werden sollte, während bisher immer die Rede davon war, daß aus betrieblichen Gründen mit dem Bau beim Bahnhof Erdberg begonnen werden müsse. Er verlangte, die U 3 zwischen Landstraße und Bellaria dürfe kein Torso bleiben; das Sekundärnetz im 3. Bezirk müßte gänzlich neu überdacht werden; es darf keine Einstellung der Ringlinien nach Inbetriebnahme der U 3 geben. Bei der U 6 droht ein Stückwerk zu entstehen, bei dem die Fahrgäste vorerst häufig umsteigen würden müssen. Für den Bereich der S-Bahn-Station Meidling hielt Mayr fest, daß dort die ÖBB nicht bereit gewesen sei, den S-Bahn-Bahnsteig an die U 6 heranzuführen. Grundsätzlich müsse alles getan werden, um einen Oberbau zu finden, mit dem eine Übertragung der von der U-Bahn erzeugten Erschütterungen auf die Wohnhäuser vermieden wird.

Den geplanten Projektwettbewerb für den Bereich der Otto-Wagner-Brücke über die Wienzeile bezeichnete Mayr als taktisches Manöver, um eine politische Entscheidung hinauszuzögern. Es müsse gesagt werden, ob die Brücke erhalten werden soll und die Bereitschaft bestehe, die Kosten dafür aufzubringen. Eine rasche Entscheidung forderte GR. Mayr auch (für den Bereich des Wientals für den der Flächenwidmungsplan derzeit noch einen großen Knoten der Westautobahneinfahrt mit der - seinerzeit geplanten - Gürtelautobahn vorsieht), weil dieses Gebiet eine erhebliche städtebauliche Entwicklung erfahren wird. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

36 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich des Wohnbaus kritisierte GR. Dr. Mayr, daß die Fassadengestaltung zu kurz komme, weil gerade hier immer gespart werde. Er setzte sich dafür ein, daß bei der Wohnhausplanung das Wasser wieder in die Lebensumwelt einbezogen werde.

Die relativ geringe Inanspruchnahme von Wohnungsverbesserungsmitteln durch sozial schwächere Schichten führte Dr. Mayr auf zu geringe Betreuungsmaßnahmen des einzelnen zurück.

Gemeinderat Dr. Mayr beleuchtete abschließend die sofortige Rückzahlung öffentlicher Darlehensmittel für Neubauwohnungen, die Stadtrat Hatzl unter bestimmten Voraussetzungen initiiert hatte. Hatzl erwarte sich davon eine Senkung der Kosten der Eigentumswohnungen, doch müßten nach der neuen Regelung zum Marktpreis der Wohnung vom Käufer nun auch die restlichen Darlehensmittel aufgebracht werde. Dies bringe u.a. die Gefahr, daß Wiener nach Niederösterreich abwandern. Die Volkszählung lasse einen Rückgang der Bevölkerungszahl von 80.000 bis 100.000 erwarten. Die Eigentumsfeindlichkeit sei ein Grund dafür, meinte Mayr abschließend. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

37 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Einen Überblick über die Aufgaben der Stadtplanung gab. GR. VEJTISEK (SPÖ). Planen bedeutet, die Lebensbedürfnisse der Menschen in ihrer Entwicklung zu berücksichtigen. Der Stadtentwicklungsplan ist daher ein auf die Bedürfnisse der Wiener abgestellter Ziel- und Maßnahmenkatalog. Mit dem Stadtentwicklungsplan werden die bestmöglichen Voraussetzungen für die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gestaltung der Stadt geschaffen. Konkretisiert werden diese Zielvorstellungen durch die Bezirksentwicklungspläne. Diese werden in eingehender Diskussion mit der Bevölkerung erstellt. Der Stadtentwicklungsplan sieht Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität, zur Grünflächenpolitik, zum Verkehr und zum Wirtschaftsbereich vor. Stadtentwicklungsplan und Verkehrskonzeption ergänzen einander sinnvoll. Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtplanung liegt in der Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich-Burgenland. Bei allen Projekten verfolgt die Geschäftsgruppe Stadtplanung vier Ziele:

- o eine bessere planerische Vorbereitung
- o die Würdigung von Einzelinteressen
- o Information der Bevölkerung
- o Transparenz der Entscheidungen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

38 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Der Nordteil der Donauinsel wurde vor wenigen Wochen seiner Bestimmung übergeben und von den Wienerinnen und Wienern mit großer Freude angenommen, sagte GR. Dipl.-Ing.Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die derzeit laufende Grünoffensive wird von der FPÖ unterstützt, weil wir glauben, daß damit ein Umdenken auch bei den Technokraten einsetzen kann. Wir waren und sind vom städtebaulichen Wert der Donauinsel überzeugt, betonte Pawkowicz. Mit der Donauinsel entsteht ein neues grünes Zentrum. Er befürchte allerdings, daß mit der Freude über den Freizeitwert der Insel am verbesserten Hochwasserschutz in letzter Zeit nicht das notwendige Augenmerk gewidmet wurde. Die hier gesetzten Sparmaßnahmen brachten zwar sicher eine Verbesserung im Rechnungsabschluß, die Sicherheit wurde dadurch aber in erhöhtem Ausmaß gefährdet.

Ein Umdenkprozeß hat eingesetzt, der auch in der Aktion "Ganz Wien trägt Grün" zum Ausdruck kommt. Den Belangen des Umweltschutzes ist bei allen Planungsvorhaben vorrangig Rechnung zu tragen, forderte Pawkowicz. Alle Planungen sind vor ihrer Realisierung im Hinblick auf die Zielsetzungen des Umweltschutzes zu überprüfen. Besteht ein Konflikt mit diesen Zielsetzungen, so sind die Planungen entsprechend abzuändern. Die Befragung über den Flötzersteig wäre möglicherweise anders ausgefallen, wäre das Umweltbewußtsein schon vorher auf einen so hohen Stand gehoben worden. Es würde mich auch interessieren, sagte Pawkowicz, ob der Antrag auf Verlängerung der fünften Donaubrücke über die Alte Donau auch heute noch eine Mehrheit in der SPÖ-Floridsdorf finden würde. Denkt Stadtrat Hofmann noch daran, dieses Projekt zu verwirklichen, fragte Pawkowicz abschließend. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

39 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. GLÜCK (ÖVP) nahm am Beispiel von Wilhelmsdorf zu Problemen in Stadterneuerungsgebieten Stellung. Glück sagte, es gebe hier sowohl Probleme mit dem niedrigen Standard der Wohnungen wie auch mit dem Individualverkehr, besonders mit der Parkplatzfrage. Dies alles treffe auch bei Wilhelmsdorf zu. Es gibt nun in Wilhelmsdorf zwar ein Informationslokal für die Bevölkerung, doch werden die Bewohner des Gebietes manchmal fehlinformiert, außerdem wird ihr Mitspracherecht von seiten der SPÖ scheinbar nicht ernst genommen. Dies trifft für problematische Einbahnführungen ebenso zu wie für den Plan, einen Teil des Areals des Pfannschen Bades zu verbauen, während der überwiegende Teil der Bevölkerung sich hier für einen Park ausspricht. Glück forderte daher die SPÖ auf, die Wünsche der Bevölkerung im Assanierungsgebiet Wilhelmsdorf vermehrt zur Kenntnis zu nehmen und die immer zitierte Mitsprache der Bewohner auch ernstzunehmen. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

40 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die Kommunalberichterstattung der öVP-nahen Zeitungen hat nur Raum für Skandale, Gerüchte, Verdächtigungen und Verleumdungen, erklärte GR. ROSENBERGER (SPÖ). Besonders an der Stadtplanung wird kein gutes Haar gelassen. Dabei gibt es viele Projekte, auf die wir heute stolz sind, wie Stadthalle, Schnellbahn, WIG I und II und die Südosttangente, die im Stadium der Planung und Verwirklichung härtester Kritik ausgesetzt waren. Heute ist auch diese Presse für diese Projekte.

Noch in diesem Herbst werden die beiden wichtigsten Planungsvorhaben Wiens, der Stadtentwicklungsplan und die Realisierung der Verkehrskonzeption, in eigenen Beratungen ausreichend diskutiert werden. Neben diesen Arbeiten leisteten die Abteilung der Geschäftsgruppe Stadtplanung Außerordentliches sowohl quantitativ als auch qualitativ. Allein im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes wurden Teilgebiete für die Verkehrskonzeption, für Grünraum/Freizeit/Erholung, für die Siedlungsstruktur und für die Landschaftsrahmenplanung erstellt. Für die Bezirke wurden Verkehrskonzepte für den 3. und 10. Bezirk ausgearbeitet, für den 3. Bezirk wurde als Modell ein Entwicklungsplan erstellt. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs wurden neben dem Abschluß der U-Bahn-Planung für das Grundnetz die Planungen für die U 3 und U 6 begonnen und die Planung für die Vorortelinie und die Flughafenbahn erarbeitet. Für U- und S-Bahn wurde ein Park-and-Ride-System ausgearbeitet.

Die Stadtplanung hat auch auf vielen anderen Gebieten dafür gesorgt, daß in Wien menschengerechte und menschenwürdige Lösungsvorschläge angeboten werden. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

41 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER wandte sich einleitend dagegen, der Projektwettbewerb für die U-Bahn-Brücke über die Zeile sei ein taktisches "Manöver" - dies würde bedeuten, daß "man etwas nicht besonders ernst meine". Er meine es jedoch sehr ernst, und der Projektwettbewerb soll eine sehr schöne Brücke bringen, die sehr rasch gebaut werden kann. Es soll eine Brücke gebaut werden, die so schön ist wie die Reichsbrücke.

Hinsichtlich der Wohnbauplanung wies Wurzer darauf hin, daß derzeit gemeinsam mit Stadtrat Hatzl versucht werde, Grundsätze und Ziele für die Wiener Wohnbauplanung zu finden. Erste Ergebnisse liegen bereits vor. Prof. Hollein plante eine Ganztagschule, die internationale Vergleiche nicht zu scheuen brauche. Dies zeige, daß die Stadt Wien bereit sei, fähigen Architekten, die sich einordnen können, den Raum zu geben, den sie brauchen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen über den Gaudenzdorfer Knoten sagte Wurzer, daß für den Südgürtel derzeit umweltfreundliche Verkehrslösungen durch eine Tieflegung ausgearbeitet werden. Die Verkehrsplanung setze hier also Maßnahmen für eine Verbesserung der Umweltqualität. Die Stadterneuerung in "Wilhelmsdorf", die künftige U 6, der Südgürtel und die Westeinfahrt - alle diese Fragen müssen geklärt und bei der künftigen Lösung dieses Knotens berücksichtigt werden, sagte Wurzer. Man dürfe nicht Varianten und eine Flexibilität der Planung verlangen, die die Bevölkerungswünsche berücksichtigt, gleichzeitig aber kritisieren, daß die Planung zu viel Zeit in Anspruch nehme. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Planen und bauen

=++++

42 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) An Gemeinderat Dipl.Ing. Dr. Pawkowicz gewandt sagte Wurzer, der Gemeinderat habe beschlossen, daß gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften ein Landschaftsrahmenplan für das gesamte Wiener Stadtgebiet ausgearbeitet wird, der auch eine Quantifizierung der Umweltbelastungen ermöglicht.

Zu den Ausführungen von Gemeinderat Glück erläuterte der Stadtrat, daß Stadterneuerung gemeinsam mit der Bevölkerung natürlich auch bedeute, daß die Vorschläge der Bevölkerung diskutiert und vorgestellt werden. Aus den Möglichkeiten, die angeboten wurden, sollen nun Maßnahmen ausgewählt werden. Eine Bewertung der Bevölkerungswünsche wird bereits in nächster Zeit erfolgen. In diesem Zusammenhang kündigte Wurzer auch eine beabsichtigte Verkürzung des Verfahrens zur Änderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen an.

Im dichtbebauten Gebiet Wiens solle man den Bestand erhalten, im noch nicht bebauten Gebiet solle man darauf verzichten, zu bauen, werde immer wieder gefordert, sagte Wurzer. Wenn jemand in einem Gebiet mit besonders guter Lebensqualität wohnt, reagiert er auf jede Veränderung. Es gebe aber auch sehr viele Menschen in dieser Stadt, die weder Bäume noch Grünflächen haben. Diese Menschen müßten das Recht haben, nicht wesentlich schlechtere Verhältnisse vorzufinden als andere, führte der Stadtrat weiter aus. Wenn wir zwar in Wien alle Grünflächen erhalten, aber zusehen, wie die Menschen ins Umland abwandern, müssen wir sehen, wie die Erholungsgebiete im Umland verbaut werden. Dies wiege genauso schwer wie jede Bebauung von Grünflächen im Stadtgebiet. "Ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, alle Infrastruktur- und Entwicklungsmaßnahmen zu planen damit die nächste Generation jene Voraussetzungen und Reserven vorfindet, die sie von früheren Generationen übernommen hat. Dazu gehört eine entsprechende innere Einstellung", ergänzte Wurzer. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

43 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Vehement wandte sich Wurzer gegen die Formulierung "Stadtwüste Wien", die GR. DDr. Strunz gebraucht hatte. Man müsse sich jedoch vor Augen halten, daß das Leben in der Großstadt seinen Preis habe. Seit der Mitte des 19. Jahrhundert gebe es ein Ritual der Verurteilung der Großstadt. Wir sollten auf die Stadt stolz sein, mit allen Vor- und Nachteilen, die Menschen geschaffen haben. Er glaube, daß es nicht nur die Aufgabe der MEHRHEIT dieses Hauses sein kann, für Projekte einzutreten, die für die Menschen notwendig sind, sagte Wurzer. Es läßt sich nicht verhindern, daß sich Menschen dagegen wehren, wenn sich Zustände ändern. Die Politik müsse jedoch so sein, daß die Änderung möglichst human und konfliktfrei vor sich gehe. Das kann aber nicht bedeuten, daß man Entwicklungen nicht vollzieht, Projekte nicht realisiert. Die Stadtpolitik müsse so sein, daß man stolz darauf ist und dies auch gegenüber Dritten vertritt.

Mit dem Stdtentwicklungsplan werden die Ziele der zukunftsorientierten Stadtpolitik aufgezeigt. Es werde deutlich gemacht, daß man die Stadt als ganzes betrachten müsse und nicht als Summe ihrer Teile. Er fordere die Opposition zu einer positiven Einstellung gegenüber der Stadt auf, man könne sonst keinen Menschen dafür begeistern und verlangen, mehr zu leisten als unbedingt notwendig. Er fordere ein gemeinsames Eintreten zur Lösung der Anliegen dieser Stadt. (Forts.) and/sr

NNNN

2. Juli 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1740

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

44 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Wien lebt in einer Wohnbau- und Wohnungskrise, stellte GR. UHL (ÖVP) fest. Der Rechnungsabschluß zeigt die finanziellen Engpässe auf. Ganz besondere Mängel gibt es im Ressort Wohnen und Stadterneuerung. Trotz Bevölkerungsschwund stieg die Zahl der Wohnungssuchenden auf 23.000. Komplette Wohnhausanlagen stehen nach der Fertigstellung leer. Auf einige tausend Wohnungen wird einfach "vergessen". Das Management im Wohnungsamt ist schwerfällig. Der Kontrollamtsbericht zeigt Doppelterrechnungen, zweimalige Vergütungen von Leistungen, unzulängliche Baufortschritte und Fehleinschätzungen von Bauraten auf. Die Fehldispositionen gehen in die hunderte Millionen. Bei den fertigen Wohnhausanlagen gibt es zahlreiche Bauschäden. Die Mängelaufstellung wird von den Hausinspektoren nicht beachtet. Das Defizit der sozialen Wohnbaupolitik wird immer stärker fühlbar.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

45 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Der zügige Ausbau des U-Bahn-Netzes, die Fertigstellung der neuen Reichsbrücke und der Ausbau des Hochwasserschutzes sind Leistungen, auf die wir Wiener stolz sein können, sagte GR. HAAS (SPÖ). Die Millionen für einen wirksamen Hochwasserschutz sind richtig angelegt. Die Verzinsung liegt in der Einsparung von Entschädigungen bei Hochwasserschäden. Auch die Regulierung des Schwechat-Wildbaches ist von Bedeutung, da bei Hochwasser zahlreiche Gemüsegärten bedroht waren.

Neben dem Bau der Reichsbrücke wurden auch andere, kleinere Brücken errichtet, so die Brücke über das Mühlwasser, über die Schwechat, über die Dürre Liesing und im Zuge der Sonnbergstraße. Der Bau der Brigittenauer Brücke geht zügig voran. Dazu kommen zahlreiche Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an bestehenden Brücken.

1980 wurden in Wien insgesamt 670.000 Quadratmeter Straßenfläche neu hergestellt beziehungsweise instandgesetzt. Dies entspricht einer Fläche von 118 Fußballfeldern. Außerdem wurden auch 100.000 Quadratmeter Gehsteige instandgesetzt beziehungsweise neu errichtet.

Der Praterstern, die Reinprechtsdorfer Straße und die Floridsdorfer Hauptstraße wurden umgebaut. Für die Behebung von Frostschäden wurden 34 Millionen Schilling ausgegeben. Das Ergebnis der Volksbefragung über den Flötzersteig muß respektiert werden. Die Verwirklichung soll Zug um Zug erfolgen. Dem Lärmschutz wird bei Straßenbauten in Zukunft noch mehr Bedeutung als bisher eingeräumt werden müssen. (Forts.) ger/bs

NNNN

2. Juli 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1742

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

46 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) In der Praterstraße werden derzeit die Straßenbahngleise entfernt. Anschließend erfolgt dann die Wiederherstellung der Straßenoberfläche.

Haas wies auf die positive Tätigkeit hin, die das Referat für Verkehrssicherheit entfaltet hat.

Im Vorjahr wurde die U 2 in Betrieb genommen und die U 4 nach Meidling verlängert. Insgesamt kann gesagt werden, daß kaum jemals so viele Verbesserungen im Verkehrsbereich innerhalb eines einzigen Jahres erreicht werden konnten, wie 1980, schloß Haas. (Forts.)

ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Planen und Bauen.

=++++

47 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. EBERT (ÖVP) nahm zu Fragen des Wohnungsbaues Stellung. Als einen Grund, daß der Bau von Wohnungen so teuer geworden ist, nannte Ebert die oft große Zeitspanne zwischen dem Ankauf von Grundstücken und der Zuteilung von Förderungsmitteln. Hier muß ein System geschaffen werden, diese Zeitspanne und damit den adäquaten Grundanteil für die Wohnungswerber zu verringern. Bei den Eigentumswohnungen bezeichnete Ebert die Einhebung der 18prozentigen Mehrwertsteuer als nahezu untragbare Belastung. Die gesamte Wohnbaufinanzierung sei an Hand der hohen Kreditzinsen mehr als problematisch, so daß der Bau von Sozialwohnungen kaum mehr seinen Zweck, Wohnraum für weniger begüterte Familien zu schaffen, erfülle. Ebert stellte daher zwei Beschlußanträge. Der eine Antrag sieht vor, die öffentliche Wohnbauförderung in Wien von 55 auf 60 Prozent zu erhöhen und damit die Kreditzinsenerhöhung teilweise zu kompensieren, der zweite, den von der Kreditzinsenerhöhung betroffenen Haushalten von der Gemeinde Wien einen Annuitätenzuschuß zu gewähren. Die Mittel dazu wären aus den Zinsenerträgen der Wohnbauförderungsrücklage - 1980 rund 120 Millionen Schilling - zu finanzieren. In der Frage der Wohnungsverbesserung sagte Ebert, daß diese steuerlich nicht genügend berücksichtigt werde. Bei der kleinen Wohnungsverbesserung komme noch das Problem dazu, daß oft Wohnungen verbessert werden, bei denen nicht sicher ist, wie lange die betreffenden Häuser noch bestehen. Als "lex Hatzl" bezeichnete Ebert die Verpflichtung der Rückzahlung von geförderten Darlehen bei der Weitergabe geförderter Wohnungen. Allerdings sei er genau so wie die SPÖ der Meinung, daß geförderte Wohnungen kein Wirtschaftsobjekt sind. Abschließend sagte Ebert, die Probleme des Wohnbaus würden nur durch das gemeinsame Wollen aller zu lösen sein. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

48 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Hätte die ÖVP in den letzten beiden Jahren in Wien regiert, wären 3.360 Gemeindewohnungen weniger gebaut worden, erklärte GR. Rosa HEINZ (SPÖ). Die ÖVP hat Vorhaben in diesem Ausmaß aus den verschiedensten Gründen abgelehnt.

Die SPÖ betreibt, trotz den vielen Schwierigkeiten, beständig die Stadterneuerung. Zwei Drittel der neugebauten Wohnungen liegen im dicht besiedelten Gebiet und nur ein Drittel wird am Stadtrand gebaut. Ziel ist es, neun von zehn neuen Wohnungen im dicht verbauten Gebiet zu errichten.

Durch die Wohnbaupolitik der Sozialisten wurde die Wohnfläche pro Bürger in den letzten Jahrzehnten stark vergrößert. Daneben wurden alte Wohnhausanlagen saniert. Nur im Bereich der Stadt Wien hat man rechtzeitig begonnen, in Altobjekten Aufzüge nachträglich einzubauen. Seit 1967 wurden in Gemeindefhäusern 1.043 Aufzüge nachträglich eingebaut. Dadurch ist es vor allem älteren Menschen möglich, in ihrer gewohnten Umgebungen zu bleiben. (Forts.) sei/bs

NNNN

2. Juli 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1745

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

49 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) führte aus, daß zu Beginn des Jahres 1980 1,5 Millionen Einwohnern Wohnraum für 1,690.000 zur Verfügung gestanden sei. Damit scheine das Problem eines quantitativen Wohnfehlbestandes bewältigt. Es müßten jedoch 270.000 Wohnungen saniert werden, 155.000 verbessert, 70.000 abgebrochen, viele zusammengelegt und als Ersatz für abgebrochene Wohnungen 115.000 neue gebaut werden. Die Aufgabe der Stadterneuerung mit einem Kostenerfordernis von 160 bis 180 Milliarden Schilling sei mit jener des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen. Die Stadterneuerung werde nicht ohne Privatinitiative möglich sein, da die Stadt allein die finanziellen Probleme nicht bewältigen kann. Stadtrat Hatzl stoße jedoch Aktivisten immer wieder vor den Kopf.

GR. Petrik vertrat die Ansicht, man könne nicht eine Grünpolitik proklamieren, aber die Steinhofgründe und den Rosenhügel "verbetonieren".

Die umgehende Generalsanierung der Werkbundsiedlung, im 13. Bezirk, an der die Architekten Neutra, Loos, Holzmeister, Wlach, Frank, Wachberger oder Häring beteiligt waren, verlangte GR. Dr. Petrik in einem ANTRAG.

Abschließend würdigte Petrik die verbesserten Vormerkbestimmungen, verlangte jedoch eine "gerechtere Lösung im Einzelfall für die Wohnungsvergabe". Gemeinsam sollte eine individuelle Lösung getroffen werden, um Härtefälle zu reduzieren.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

50 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPö): Immer wieder stimme die große Opposition gegen Projekte. Wenn diese dann von der Bevölkerung positiv aufgenommen werden "vergißt" auch die ÖVP ihre Kritik, Beispiele sind die UNO-City, die U-Bahn, die Donauinsel, der Donaupark, der Kurpark Oberlaa und 5.000 kommunale Wohnungen.

Der Vorwurf "es gibt nur schlechte Wohnungen" schädigt den Ruf der österreichischen Bauwirtschaft, der international hervorragend ist. Wien leistet einen großen Beitrag zur Sicherung des Baugewerbes und zur Vollbeschäftigung. 24 Prozent des Budgets werden für Bauvorhaben aufgewendet. Die Unternehmen in ganz Österreich setzen ihre Hoffnungen auf die Wiener Wirtschaftspolitik.

Es sei falsch, zu behaupten, daß Lohnerhöhungen für Baupreissteigerungen ausschlaggebend sind. Während es in Wien im Jänner 1981 knapp über tausend Arbeitslose gab, waren es in der Steiermark über 7.000. Ex-Landeshauptmann Niederl mußte zugeben, daß bis zu sieben geförderte Wohnungen an eine Person abgegeben wurden.

Die Wiener ÖVP stimmte innerhalb kurzer Zeit gegen 5.000 kommunale Wohnungen. Rund 20.000 Menschen hätten somit keine Wohnung erhalten. Die Wiener müßten auch auf öffentliche Grünanlagen wie auf den Donaupark und auf den Kurpark Oberlaa verzichten, wäre es nach der ÖVP gegangen. Mit dem "Grün hinter Gittern" erklärt sich die SPö jedoch nicht einverstanden. Im ÖVP-verwalteten Innsbruck wird die Stadt zubetoniert, im Naturschutzgebiet Telfs wird ein Hotel errichtet. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

51 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Zu drei von der ÖVP eingebrachten Anträgen stellte Stadtrat HATZL fest, daß es sich dabei im wesentlichen um Dinge handle, die fast schon erledigt beziehungsweise in Arbeit sind. Die Renovierung der Werksbundsiedlung wird vorbereitet. Die Behauptung einer politischen Vergabep Praxis bei Gemeindwohnungen ist falsch, betonte Hatzl. Diese Behauptung taucht seit 1945 immer wieder auf, sie wird dadurch aber nicht richtiger.

Er sehe seine Aufgabe nicht darin, sagte Hatzl, dafür zu sorgen, daß es einen größeren freien Wohnungsmarkt gibt.

Die Bezirksvertretung des 7. Bezirks hat eine gemeinsame Auffassung über die weitere Gestaltung des Spittelbergs, die zu verwirklichen wir bemüht sind, erklärte Hatzl.

Wenn die Anzahl der Vormerkungen gleich bleibt, ist dies auch ein Zeichen für den Wunsch nach der spezifischen Wohnform der kommunalen Wohnung. Es ist dies auch ein Auftrag, den kommunalen Wohnbau entsprechend fortzusetzen. Hatzl bekannte sich zu dem Mietrechtsentwurf, der im Parlament liegt.

In Wien werden sicher keine Barackenbauten für Wohnungssuchende errichtet, wie dies von einem oberösterreichischen FPÖ-Mandatar angeregt wurde.

Hatzl wandte sich dagegen, den Hausbesitzern generell zu unterstellen, daß sie nur an die Rendite und nicht an die in den Häusern lebenden Menschen denken.

Für die Nahversorgung wurde im Rahmen des kommunalen Wohnbaus sehr viel getan. In den letzten zweieinhalb Jahren wurden 365 Geschäfts- und Betriebslokale errichtet. Auf 14 neue Wohnungen entfällt ein Lokal. Es gibt keine Genossenschaft, die einen derartigen Verteilungsschlüssel aufzuweisen hat. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

52 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Die Anregung, die Zuteilung von Förderungsmitteln von angemessenen Grundkosten abhängig zu machen, wird ernsthaft geprüft, sagte Hatzl.

Die MA 50 arbeitet derzeit an Maßnahmen zur Abfangung der hohen Kreditzinsen. Dies wurde auch in der Presse bereits bekanntgegeben. Heute stellt die ÖVP dazu einen Antrag.

Zu den Reserven bei der Wohnbauförderung sagte Hatzl, daß bis auf 200 Millionen alle Mittel abrufbereit sein müssen, damit sie laufenden Bauvorhaben zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden können.

Hatzl wandte sich gegen den Vorwurf der Verbetonierung. Er betonte, daß bei kommunalen Wohnbauten auch entsprechende Grünflächen angelegt werden.

Wir haben ein wohnungspolitisches Konzept, wir schaffen bessere Wohnungen für 200.000 Menschen. Wir wollen, daß das Wohnen billiger wird, wir forcieren die Stadterneuerung, wir betreiben eine Politik, die für die Mehrzahl der Wiener eine qualitative Wohnungsverbesserung ermöglicht, schloß Hatzl. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

53 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) beschäftigte sich mit dem Komplex der städtischen Dienstleistungen. Sie wies auf die Tatsache hin, daß sich bei den städtischen Wasserwerken ein Überschuß von 200 Millionen S, bei der Müllabfuhr ein solcher von 20 Millionen ergeben hat, was ihre Befürchtungen bei den letzten Tarifierhöhungen bestätigt, daß die Wiener hier zu Unrecht geschröpft werden. Weiters sagte Hampel-Fuchs, daß es eine Reihe von Unzulänglichkeiten im Bereich der städtischen Dienstleistungen gegeben habe, die im Kontrollamtsbericht aufscheinen. Schließlich forderte sie noch kundenfreundlichere Gas- und Stromrechnungen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Planen und Bauen

=++++

54 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Abteilung, die wie eine "Blume im Verborgenen blüht", befaßte sich GR. HABERL (SPÖ). Die Müllabfuhr hat im Vorjahr 568.000 Tonnen Müll gesammelt. 239.000 Tonnen wurden deponiert, der Rest verbrannt. Wien kann sich glücklich schätzen, daß die Arbeit dieser Abteilung so klaglos funktioniert und daher "kaum bemerkt wird".

In der neuen Rinter-Anlage werden 1982 bereits 284.000 Tonnen Müll verarbeitet. 1983 wird die 300.000 Tonnen-Grenze überschritten. Der auf der Basis von 300.000 Tonnen liegende Preis pro Tonne von 420 Schilling ist angemessen. So zahlt man in Zell am See bei einer Kompostierungsanlage 412 Schilling pro Tonne und in Salzburg 414 Schilling. (sei)

Zwtl.: Rechnungsabschluß beschlossen

Der Rechnungsabschluß 1980 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die 14 eingebrachten Anträge wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Die öffentliche Sitzung wurde um 22.15 Uhr unterbrochen. Die Beratungen werden Freitag um 9 Uhr fortgesetzt. Erster Punkt: Rechnungsabschluß der Stadtwerke mit Gas- und Strompreiserhöhung. Dann folgt der Kontrollamtsbericht und die restliche Tagesordnung. (Schluß) and/gg

NNNN